

Besuchsländer sollen Holland, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und Spanien sein (XNA, 2., 3., 4. und 5.6.91).

Weil erklärte, daß die Delegation ermächtigt sei, Waren für über 1 Mrd. US\$ zu ordern (XNA, 3.6.91). Die Importe würden nicht zuletzt auch im Hinblick auf den beginnenden 8. Fünfjahresplan benötigt. (Siehe auch Übersicht unter "Außenwirtschaft")
-we-

*(6)

Staatssekretär Leng in China

Nachdem die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland im Gefolge des Tiananmen-Massakers durch Bundestagsbeschluß für kurze Zeit aufgeschoben worden war (besonders betroffen war hierbei die Unterstützung für den U-Bahn-Bau in Shanghai), wurde die Entwicklungshilfe dann doch klugerweise wiederaufgenommen; es wäre ja auch wenig logisch gewesen, ausgerechnet Shanghai, dessen Führung den Studenten gegenüber zurückhaltend gewesen war, für die katastrophalen Entscheidungen Beijings zur Verantwortung zu ziehen; auch kann niemand wünschen, daß China zu einem "Sozialfall" wird.

Ganz in diesem Sinne hatte also das BMZ einen durchaus begrüßenswerten Kurs gegenüber der Volksrepublik gesteuert und die Entwicklungshilfe nach dem Abflauen der Stürme wieder fortgesetzt. Ende Mai 1991 besuchte der Staatssekretär im BMZ, Siegfried Leng, im Rahmen der BMZ-Routine wieder einmal die VR China. Er war dort vorher schon rd. zwanzigmal gewesen, um laufende Projekte abzustimmen. Diesmal ging es um Fragen des Umweltschutzes, z.B. der Abgasentsorgung in Beijing, um Müllentsorgung (ebenfalls in Beijing), um Wiederaufforstung und um landwirtschaftliche Forschungsprojekte.

Die Visite wäre auch nicht weiter bemerkenswert gewesen, hätte Leng nicht Ministerpräsident Li Peng umarmt - ein Verhalten, das von amnesty international sogleich als "unangebrachte Liebedienerei" kritisiert wurde. Für den Generalsekretär der deutschen a.i.-Sektion, Volkmar Deile, war die vom Bonner Staatssekretär gezeigte Bewunderung für die stabile Lage in

China "mehr als zynisch". Die Stabilität Chinas beruhe nach wie vor "auf Gewalt und Bajonetten" und zeige sich u.a. auch in der Unterdrückung der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung. Die große Mehrheit der Regimegegner werde weiterhin zu gnadenlos harten Strafen verurteilt. Nach a.i.-Informationen seien viele hundert Vertreter der chinesischen Demokratiebewegung über Monate, manchmal über ein Jahr lang ohne Anklage und Verfahren festgehalten worden. Der Regimekritiker Chen Lantao aus der Provinz Shandong z.B. sei wegen "konterrevolutionärer Propaganda und Agitation" zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden, obwohl er sich 1989 nur friedlich an den Protesten beteiligt habe. Der von Leng umarmte Li Peng sei einer der Hauptverantwortlichen für das damalige Massaker (SZ, 4.6.91).

Auch Abgeordnete der Grünen und der SPD zeigten sich empört und verlangten den Rücktritt Lengs. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Pinger forderte "die deutschen Politiker" auf, in Zukunft gegenüber den chinesischen Machthabern mehr Zurückhaltung an den Tag zu legen (Handelsblatt, 5.6.91). -we-

*(7)

Beziehungen zu San Marino

Zum Kleinstaat San Marino bestanden bisher, d.h. seit 6. Mai 1971, lediglich konsularische Beziehungen. Anlässlich des 20. Jahrestags der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Staaten wurde das Verhältnis am 6. Mai 1991 auf Botschafterniveau angehoben (XNA, 9. und 9.5.91).

Die VR China demonstriert damit erneut eine alte Lieblingsidee, daß nämlich große und kleine Länder gleich wichtig seien. -we-

*(8)

Erneuter Konflikt mit dem Vatikan

Bereits in den 50er Jahren war der heute in den USA lebende Bischof Gong Pinmei wegen "Sabotage" und "konterrevolutionären Verrats" zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die römische Kurie hatte, ohne dies öffentlich bekanntzugeben, den Bischof noch während seiner Gefangenschaft zum Kardinal ernannt

und diese Ernennung erst 12 Jahre später, nämlich im Juni 1991 bekanntgegeben.

Gegen diesen Akt protestierten am 17.6. sowohl das chinesische Außenministerium als auch das Chinesische Katholische Bischofskollegium, der Patriotische Katholikenverband Chinas und die Nationale Verwaltungskommission der Katholischen Kirche Chinas: Es handle sich hier um eine Einmischung des Vatikans in die Angelegenheiten Chinas und der Katholiken Chinas. Die chinesischen Katholiken hielten an ihrer dreifachen Unabhängigkeit (in Glaubenssachen, in Ordinationsfragen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten) an ihrer Unabhängigkeit fest und duldeten keinerlei ausländische Einmischung (XNA, 19.6.91). Das Außenministerium fügte hinzu, daß ein solcher Akt ein neues Hindernis auf dem Weg zur Verbesserung der Beziehungen zwischen China und dem Vatikan errichte habe (XNA, 18.6.91).

Demgegenüber betonte Papst Johannes Paul am 1.7.1991, daß die Ernennung eines chinesischen Kardinals nicht als feindlicher Akt, sondern als Ausdruck des guten Willens gegenüber dem chinesischen Volk gemeint gewesen sei (SCMP, 2.7.91). -we-

Innenpolitik

*(9)

Jiang Qing verstorben

Jiang Qing, die Witwe Mao Zedongs, verstarb am frühen Morgen des 14. Mai 1991 im Alter von 77 Jahren "in ihrer Residenz" in Beijing (Xinhua, 4.6.91, in RMRB, 5.6.91). Der Tod der "Hauptverbrecherin der konterrevolutionären Clique um Lin Biao und Jiang Qing" wurde offiziell erst mit dreiwöchentlicher Verzögerung genau am zweiten Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 bekanntgegeben. Der entsprechenden Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua vom 4. Juni zufolge soll Jiang Qing Selbstmord begangen haben. Über die möglichen Ursachen des Selbstmords wurden offiziell keinerlei Angaben gemacht. Das ZK-Organ Volkszeitung veröffentlichte die knappe Xinhua-Meldung am 5. Juni auf der Seite 4.

Die Shanghaier Tageszeitung *Befreiung* (Jiefang Ribao) veröffentlichte am 8. Juni 1991 einen Artikel von He Manzi, in dem der Autor die Vermutung äußert, daß Jiang Qing aus politischer Verzweiflung ihrem Leben ein Ende gesetzt habe, denn Jians Hoffnungen auf einen erneuten politischen Umbruch in Richtung Maoismus hätten sich nicht erfüllt. Der Autor warnt davor, nach dem Tod von Jiang Qing in der totalen Verurteilung der Kulturrevolution nachzulassen, denn auch mehr als vier Jahrzehnte nach dem Selbstmord Hitlers gebe es immer noch alte und neue Nazis. (Jiefang Ribao, 8.6.91, in SWB, 13.6.91)

Nur einen Monat nach Maos Tod am 9. September 1976 war Jiang Qing zusammen mit drei anderen radikalmaoistischen Politikern am 6. Oktober 1976 politisch entmachtet und verhaftet worden. Im Januar 1981 war sie zur Todesstrafe mit zweijährigem Aufschub verurteilt worden. Zwei Jahre später wurde die Todesstrafe in lebenslänglichen Freiheitsentzug umgewandelt. Vom 4. Mai 1984 an durfte Jiang Qing außerhalb des Gefängnisses leben, da sie wegen eines Krebsleidens permanent ärztlich behandelt werden mußte (RMRB, 5.6.91). Jiang Qing soll in ihren letzten sieben Lebensjahren in einem komfortablen Haus am Rande Beijings gelebt haben, wo sie von ihrem und Maos einzigen gemeinsamen Kind, der 51jährigen Li Na, gepflegt wurde (J.Kahl in SZ, 8.6.91).

Das US-amerikanische Nachrichtenmagazin *TIME* hatte zuerst den Selbstmord von Jiang Qing berichtet und die Vermutung angestellt, Jiang habe ihre durch Kehlkopfkrebs verursachten Schmerzen nicht länger ertragen wollen. *TIME* zufolge soll sich Jiang Qing erhängt haben (nach SCMP, 4. und 5.6.91).

Die japanische Wochenzeitschrift *Shukan Bunshun* berichtete am 20. Juni, daß sie eine Kopie eines 20 Seiten umfassenden politischen Testaments der Witwe Maos erhalten habe. Darin soll Jiang Qing ihren politischen Hauptwidersacher Deng Xiaoping als "Verräter am Vorsitzenden Mao, Verräter an der Kommunistischen Partei Chinas und Verräter am chinesischen Volk" bezeichnet haben. Und weiter an die Adresse von Deng: "Du bist der Hauptverantwortliche für das Massaker an den patriotischen Studenten. Du

bist der Angeklagte. Du kannst keinen guten Tod haben." Jiang soll die auf Mao folgenden Parteiführer Hua Guofeng, Hu Yaobang und Zhao Ziyang als "Hunde" bezeichnet haben, "die sich gegenseitig gebissen haben und für die [ihnen angelasteten] Verbrechen selbst verantwortlich sind". Jiang Qing soll die Hälfte ihres Testaments damit verwendet haben, um ihre Rolle während der Kulturrevolution zu verteidigen: Die Kulturrevolution sei keineswegs konterrevolutionär gewesen, und sie (Jiang Qing) sei im Recht. (Nach SCMP, 21.6.91)

"Jiang Qing starb ... so, wie es zu ihrem Leben paßte - selbtherrlich und gewaltsam; nicht durch die Vollstreckung des Todesurteils, ... sondern durch eigene Hand", charakterisierte Jürgen Kahl ihren Freitod sehr treffend in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ, 8.6.91). Ob diese stolze und unbeugsame Frau, die ihre Gegner grausam verfolgen ließ, vor ihrer Krankheit kapitulierte, bleibt ebenso eine Vermutung wie jene Interpretation, daß sie sich aus politischer Verzweiflung das Leben nahm. Eine dritte Erklärung für den Tod Jiang Qings könnte auch darin zu suchen sein, daß in der politischen Kultur Chinas der Selbstmord die höchste Form des Protests darstellt. Möglicherweise haben alle drei oben genannten Faktoren eine Rolle bei der Entscheidung Jiang Qings gespielt, ihrem Leben ein Ende zu setzen. Daß Jiang Qing mit ihrem Freitod auch ein politisches Zeichen setzen wollte, scheint offensichtlich, denn er fällt zeitlich zusammen mit dem 25. Jahrestag der Verabschiedung des Rundschreibens vom 16. Mai 1966, mit dem die Kulturrevolution eingeleitet wurde und der politische Aufstieg von Jiang Qing begann. In dem von Mao Zedong verfaßten Rundschreiben hieß es u.a.: "Die Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten..." (zitiert nach T.Scharping, *Mao Chronik*, München 1976, S. 195). Für Jiang Qing beschrieben diese Zeilen auch nach 25 Jahren noch korrekt die politische Wirklichkeit des Jahres 1991. -sch-

*(10)

Zweiter Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989: Kein offener Protest, aber zahlreiche Untergrundaktivitäten

Anläßlich des zweiten Jahrestags der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 am 3./4. Juni 1991 gab es keine größeren Protestaktionen von seiten der Bevölkerung. Hierfür sorgten umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen, die mehrere Wochen vor diesem Datum von den zuständigen Behörden eingeleitet worden waren. Auf verschiedenen internen Konferenzen der Sicherheitsorgane, die im April und Mai stattfanden, wurden jedoch Informationen bekanntgegeben, die auf weitverbreitete oppositionelle Untergrundaktivitäten schließen lassen. So sollen gegenwärtig in 12 chinesischen Großstädten, darunter Beijing, Tianjin, Shanghai und Guangzhou, zwischen 60 und 70 illegale politische Organisationen im Untergrund tätig sein. Dabei handelt es sich u.a. um den "Autonomen Studentenverband", den "Autonomen Arbeiterverband", das "Nationale Komitee Solidarität", die "Einheitsfront zur Befreiung [Chinas]", die "Revolutionäre Kommunistische Partei Chinas" und den "Bund der Ausgebeuteten und Unterdrückten". Einige dieser "konterrevolutionären" Organisationen sollen über 30.000 Mitglieder zählen und in bis zu 13 Provinzen und Städten aktiv sein. In Beijing wurden bis Ende April 1991 allein 37 "illegale" und "reaktionäre" Organisationen aufgedeckt und zerschlagen. 287 Mitglieder dieser Untergrundorganisationen wurden verhaftet, darunter 11 KPCh-Mitglieder und 24 Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands. Ein Schwerpunkt der Untergrundaktivitäten sollen nach wie die Hochschulen bilden: Besonders stark betroffen sollen 28 Hochschulen sein, darunter allein elf in Beijing und drei in Shanghai. Die Aktivitäten der verschiedenen Untergrundorganisationen reichen von der Verbreitung von Flugblättern und Wandzeitungen bis hin zur Ermordung von Sicherheitskräften: Landesweit wurden von Januar bis Ende April über 137.000 "feindliche" Publikationen, Flugblätter und Wandzeitungen sichergestellt. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich 41 politisch motivierte Streiks, wurden über 280 Sabotageakte verübt und 76 Angehörige der verschiedenen Sicherheitsorgane entführt oder ermordet. (Nach Zhengming, Juni 1991, S. 6-9) -sch-

***(11)
Angaben über Gesamtzahlen von Gefängnis- und Arbeitslagerinsassen**

Die Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* veröffentlichte im Juni 1991 Angaben über Gesamtzahlen von Gefängnis- und Arbeitslagerinsassen, die aus einem offiziellen Kurzbericht über zwei Konferenzen über Justiz und öffentliche Sicherheit vom April dieses Jahres stammen sollen. Danach beträgt die Gesamtzahl der Gefängnisse in der VR China über 5.000 mit gegenwärtig 4,2 Millionen Gefangenen. Darüber hinaus befinden sich 12 Millionen Personen in insgesamt über 160 Arbeitslagern. (*Dongxiang*, 5/1991, S. 15) -sch-

***(12)
Beschluß über Bevölkerungskontrolle**

Am 12. Mai 1991 haben ZK und Staatsrat einen Beschluß über die Intensivierung der Geburtenplanungsarbeit und eine strengere Kontrolle des Bevölkerungswachstums erlassen. Der Beschluß wurde am 13. Juni 1991 in der *Volkszeitung* veröffentlicht. Innerhalb der nächsten zehn Jahre soll die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt auf maximal 12,5 Promille beschränkt werden. So steht es im Zehnjahresprogramm und im achten Fünfjahrplan für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die im Frühjahr dieses Jahres verabschiedet wurden. Um dieses Ziel zu erreichen, so heißt es in dem jüngsten Beschluß zur Bevölkerungskontrolle, bedarf es verstärkter Planung auf allen Ebenen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten habe man zwar große Erfolge erzielt; so habe die Geburtenrate von 33,43 Promille (1970) auf 21,06 Promille (1990) gesenkt werden können. Doch angesichts der insgesamt hohen Bevölkerungszahl von 1,1 Mrd. und eines gegenwärtigen Bevölkerungszuwachses um über 16 Mio. pro Jahr werde die Lage für die sozioökonomische Entwicklung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes immer schwieriger. Hinzu komme, daß die neunziger Jahre für die Begrenzung des Bevölkerungswachstums von entscheidender Bedeutung seien, weil gerade in dieser Periode mit einem erneuten Bevölkerungsschub zu rechnen sei, der strikte Geburtenregelung noch dringender mache.

In dem Beschluß werden die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen angewiesen, der Geburtenplanung eine ebenso wichtige Stellung zu erteilen wie der Wirtschaftsplanung und die Bevölkerungsplanung in die Gesamtplanung für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aller Ebenen zu integrieren. Um die Arbeit organisatorisch zu verbessern, sollen die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen kleine Führungsgruppen für Geburtenplanung einrichten, die die Arbeit koordinieren sollen. Die Parteikomitees und Regierungen tragen die Verantwortung für Planung und Durchführung der Geburtenregelung; erfolgreiche Arbeit soll belohnt werden, bei Nichteinhaltung der Planung sollen die Führungskader zur Rechenschaft gezogen werden.

Noch einmal werden die Grundsätze der Familienplanungspolitik hervorgehoben: Spätheirat, wenige Geburten, gesunde Geburten, Ein-Kind-Familie. Außer bei spezieller Genehmigung eines zweiten Kindes dürfen staatliche Kader, Angestellte und Arbeiter nur ein Kind pro Ehepaar haben. Auch auf dem Lande muß die Ein-Kind-Familie propagiert werden; nur bei tatsächlichen Schwierigkeiten kann nach einigen Jahren ein zweites Kind genehmigt werden. Diese Bestimmung galt bisher auch schon, scheint nun aber etwas strenger gefaßt zu sein. In den Städten hält sich die Bevölkerung weitgehend an die Ein-Kind-Politik, wobei jedoch Kader die Bestimmungen häufig umgangen haben. Auf dem Lande hingegen war es vielerorts üblich, zwei und mehr Kinder zu haben. Offensichtlich soll hier nun die Kontrolle verschärft werden. Privilegiert waren bisher auch die Angehörigen nationaler Minderheiten, die durchweg mehrere Kinder haben durften und deshalb in den letzten Jahren einen überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatten. Sie haben nun ebenfalls eine strengere Kontrolle zu gewärtigen, wobei die konkreten Forderungen und Methoden von dem jeweiligen autonomen Gebiet oder der jeweiligen Provinz festgelegt werden sollen.

Eindringlich mahnt das Dokument, bei den Bemühungen um die Einschränkung des Bevölkerungswachstums nicht locker zu lassen oder gar die Politik zu ändern. Außerhalb des Plans dürfe es keine Schwangerschaften und

keine Geburten geben. Partei- und Jugendligamitglieder, Soldaten und Kader, zumal Führungskader, hätten mit gutem Beispiel voranzugehen und sich streng an die Vorschriften zu halten. Künftig habe der Schwerpunkt der Arbeit auf dem Lande zu liegen. Ausdrücklich erwähnt wird die Wanderbevölkerung, bei der die Geburtenregelungsarbeit intensiviert werden soll. Innerhalb der nächsten zwei/drei Jahre sollten verstärkte Bemühungen um Verbreitung von Kenntnissen zur Empfängnisverhütung unternommen und das Bewußtsein der Bevölkerung für das Problem gestärkt werden. So sollen z.B. an allen Schulen Kenntnisse über Geburtenregelung vermittelt werden. Um die Arbeit zu verbessern, wird bestimmt, die finanziellen Aufwendungen für die Familienplanungsarbeit von gegenwärtig 1 Yuan pro Jahr und pro Person im 8. Fünfjahrplan auf 2 Yuan zu erhöhen. Die armen, unterentwickelten Gebiete und die Gebiete der Minderheiten sollen stärker unterstützt werden.

Mit dem Beschluß soll der Versuch unternommen werden, die bisher in bezug auf die Familienplanung bevorzugten Gruppen nun auch stärker zu kontrollieren. Diese Absicht verdeutlichte eine vom ZK, dem Staatsrat und der Zentralen Militärkommission Mitte Juni einberufene dreitägige Konferenz zum Thema Familienplanung bei den Armeeingehörigen. Yang Baibing, Generalsekretär und Direktor der Politischen Abteilung der Zentralen Militärkommission, rief die Soldaten auf, die an sie gestellte Forderung, an vorderster Front der ganzen Gesellschaft zu gehen, zu erfüllen und in bezug auf die Familienplanung mit gutem Beispiel voranzugehen und ein stärkeres Verantwortungsgefühl zu entwickeln (RMRB, 19. u. 21.6.91). Das Militär scheint bisher von der Ein-Kind-Bestimmung weitgehend ausgenommen worden zu sein. Dies läßt sich einer Rundfunkmeldung über die Konferenz entnehmen; im Zusammenhang mit Berichten über die Erfolge der Familienplanungsarbeit in der Armee heißt es, daß etwa 6.000 Offiziere und Soldaten "freiwillig das Recht auf ein zweites Kind" aufgeben hätten (Radio Beijing, 18.6.91, nach SWB, 26.6.91). Daß das Privileg für Zweitkinder bei der Armee nun generell abgeschafft werden soll, wird nicht gesagt und ist auch kaum anzunehmen. Allerdings dürften die Propaganda für die Ein-Kind-Familie und der moralische Druck auf die Soldaten wie in der übrigen Gesellschaft verstärkt werden. -st-